



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 30. Januar 1910.

(Neue Erörterungen über die Stellung des Reichskanzlers. Agrarier und Nationalliberale. Koloniales. Die englischen Wahlen. Sezereien zwischen Wien und Berlin.)

In den allgemeinen Betrachtungen, die in der Presse über die politische Lage angestellt werden, ist man in der letzten Woche glücklich bei mehr oder weniger tiefinnigen Erörterungen über eine vielleicht bevorstehende Kanzlerkrisis angelangt. Bei dieser Art, Politik zu treiben, fühlt man sich unwillkürlich an gewisse Formen von Kurpfuscherei erinnert, wobei der Heilkünstler, ohne auch nur die Nasenspitze seines Patienten gesehen zu haben, aus einer überfannten Haarlocke oder einem Wäschestück eine Diagnose stellt. Die Kunst, aus einem Nichts oder aus einer Sache, die mit der Frage, die man erörtert, in gar keinem innern Zusammenhange steht, den tiefsten Urgrund der Zeitereignisse zu erkennen, scheint sich bei uns zur höchsten Blüte zu entwickeln. Jetzt hat man sich also allen Ernstes den Kopf zerbrochen, ob nicht die Amtsführung des Reichskanzlers schon in kurzer Zeit ihrem Abschluß nahe sein werde. Es ist im Grunde gleichgültig, wie man eigentlich auf diesen Gedanken gekommen ist; man hätte es ebensogut aus dem Kaffeesak prophезeien können — das hätte wenigstens den Vorzug einer altbewährten Methode für sich gehabt, und die Kundschaft der Damen, die sich mit solchen Künsten befassen, steht im Punkte der Leichtgläubigkeit auf ziemlich gleicher Stufe mit denen, die es im Preußen-Deutschland unsrer Tage für möglich halten, daß der Monarch einen soeben ernannten Staatsmann fallen läßt, ehe ihm auch nur Gelegenheit gegeben worden ist, bei irgendeiner politischen Aufgabe von Bedeutung Hand ans Werk zu legen. Und das alles nicht einmal wegen ernstster Schwierigkeiten und Hindernisse, sondern auf bloße Vörgeleien hin, die weder einen festen Boden unter sich, noch ein bestimmtes Ziel vor sich haben. Es fanden sich Leute, die wissen wollten, daß der Kaiser kein rechtes Vertrauen zu Herrn v. Bethmann Hollweg gewonnen oder auch das gewonnene wieder verloren habe — eine Wissenschaft, die von vornherein unkontrollierbar ist, weil der Deutsche Kaiser sich selbstverständlich niemals dazu herbeilassen kann, der Öffentlichkeit über seine Herzensmeinungen Rechenschaft abzulegen, um einem erbärmlichen Klatsch den Mund zu stopfen. Nach unserer Meinung entspricht es ebensowohl der monarchischen Gesinnung wie der Selbstachtung des unabhängigen Staatsbürgers, wenn man Schnüffeleien und Klatschereien dieser Art grundsätzlich verachtet und sie höfischen Streibern überläßt, und ebenso grundsätzlich sollte man sich an die öffentlichen Kundgebungen des Monarchen halten. Es genügt daher, darauf hinzuweisen, daß der Kaiser Herrn

v. Bethmann Hollweg in der letzten Zeit zahlreiche Vertrauensbeweise hat zuteil werden lassen und daß er ihn am Morgen des kaiserlichen Geburtstages durch die Verleihung des Schwarzen Adlerordens ausgezeichnet hat.

Man hat die angebliche Unsicherheit der Stellung des Reichskanzlers auch daraus gefolgert, daß man Anzeichen für die Unzufriedenheit der Konservativen mit seiner Politik wahrzunehmen glaubte. Auf der linken Seite steht man dem Reichskanzler abwartend und in kritischer Stimmung gegenüber; man ärgert sich mit Recht, daß er in seiner grundsätzlichen Stellungnahme, in seiner Haltung zu allgemeinen politischen Fragen nicht mehr aus sich herauszugehen, nicht Fühlung mit einzelnen Parteien zu suchen, beharrt. Das Zentrum ist verschnupft wegen der Polenpolitik und scheint auch sonst größere Rücksichtnahme erwartet zu haben. Nun richten sich die Blicke um so mehr auf die rechte Seite, wie sie sich zu dem neuen Kanzler stellt. Aus dieser Stimmung heraus ist es wohl zu erklären, daß man den Ausführungen des Abgeordneten v. Pappenheim im Abgeordnetenhaus eine Bedeutung beigelegt hat, die sie vielleicht gar nicht haben sollte. Herr v. Pappenheim hatte es als wünschenswert bezeichnet, daß der Reichskanzler auch im preussischen Staatsministerium für eine Vertretung Sorge, um einen Teil der Arbeitslast, die seine Ämter mit sich bringen, nötigenfalls auf andre Schultern legen zu können — mit andern Worten, daß der Posten eines Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums wieder besetzt werde. Das ist ein sehr nahe liegender Gedanke, den ein parlamentarischer Redner im Zusammenhang seiner Ausführungen wohl einmal hinwerfen kann; ebenso besteht natürlich auch die Möglichkeit, daß mit einer solchen Bemerkung bestimmte politische Absichten verbunden werden, sei es daß irgendeiner bestimmten Persönlichkeit ein größerer Einfluß auf die Staatsgeschäfte gesichert werden soll, oder daß man mit dem Vorschlag einer Teilung der Geschäfte nur ein Mißtrauen gegen den leitenden Staatsmann ausdrücken will. Welche von allen diesen Möglichkeiten vorliegt, ist eine Frage, über die man verschiedene Ansichten haben kann, — Ansichten, die auch meistens durch die Interessen der Parteitaktik beeinflusst werden. Bei näherer Prüfung wird man aber erkennen, daß bei diesen Erörterungen, die der Tagespolitik den erwünschten Stoff zu einigen Leitartikeln geben, in Wahrheit gar nichts herauskommt. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Herr v. Pappenheim in der Tat keinerlei schwarze Nebengedanken gehabt hat. Zunächst ist er gar nicht die Persönlichkeit dafür. Aber wir kommen zu diesem Schluß weniger aus dem harmlosen Glauben an die Ehrlichkeit guter Menschen, sondern weil wir die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses für klug genug halten, daß sie eine beabsichtigte Aktion der Art, wie sie ihr von liberaler Seite unterstellt wird, geschickter inszeniert hätte. Es scheint übrigens auch ganz in Vergessenheit geraten zu sein, daß die konservative Partei von vornherein niemals die Absicht gehabt hat, Herrn v. Bethmann Hollweg als den Mann ihres besondern und unbedingten Vertrauens hinzustellen, dem sie unter allen Umständen Gefolgschaft leisten will. Im Gegenteil haben die Ursachen und die Begleiterscheinungen des letzten Kanzlerwechsels der konservativen Partei außerordentlich den Rücken gesteuert, und in der Presse wie in Parteiverfassungen hat man oft genug einen ziemlich schroffen, höchstens zu ernster Vermahnung gedämpften Ton gegen den Reichskanzler angeschlagen, wie das die Stellung einer Partei mit sich bringt, die sich als herrschende fühlt. Wenn also das Auftreten des Herrn v. Pappenheim im Abgeordnetenhaus wirklich die Bedeutung eines gewissen Winkes an den Reichskanzler gehabt haben sollte, dann kann es nur in einem Sinne gemeint gewesen sein, der dem politischen Beobachter nichts Neues sagt, nämlich daß die konservative Partei das starke Bedürfnis hat, ihre Selbst-

ständigkeit gegenüber der neuen Regierung zu betonen. Von da bis zu einem wirklichen Abbrücken vom Reichskanzler in der praktischen Politik ist jedoch ein so weiter Weg, daß es wahrhaftig nicht der Mühe lohnt, sich über jenen Vorgang im Abgeordnetenhanse den Kopf zu zerbrechen.

Mit der kritischen Kleinarbeit, die Tag für Tag das Verhalten des Reichskanzlers zergliedert und sich darüber aufregt, daß er nicht bei jeder Gelegenheit redet und sich von dem politischen Marktgewühl fernhält, ist nicht viel anzufangen. Der leitende Staatsmann hat ein Recht darauf, die Methoden zu wählen, mit denen er nach seiner persönlichen Art am besten vorwärts zu kommen glaubt. Herr v. Bethmann Hollweg verfährt anders als sein Vorgänger; ob er deswegen zu loben oder zu tadeln ist, wird sich erst ausweisen. Einstweilen kann man natürlich seine besondere Ansicht darüber haben. Wir machen zum Beispiel gar kein Hehl daraus, daß wir an den dauernden Erfolg einer zugeknöpften Korrektheit in der Behandlung aller Staatsgeschäfte nicht glauben, dafür aber überzeugt sind, daß man mit der zeitgemäßen, diplomatischen Art des Fürsten Bülow alles in allem weiter kommt. Wir heben das hervor, damit man uns nicht mit denen zusammenwirft, die es an der Zeit halten, von der Staatskunst des Fürsten Bülow — sehr entgegen ihrer früheren Ansicht — mit Geringschätzung zu sprechen, den neuen Herrn aber gewaltig zu preisen, daß er einigen liberalen Journalisten, die Fürst Bülow auf gleichem Fuße mit andern Politikern behandelt wissen wollte, seine Tür verschlossen hält. Aber wie man auch darüber denken mag, das alles ist doch zu sehr Nebensache, als daß man darauf ein Urteil über die Politik des Reichskanzlers gründen könnte. Wir wissen ja auch gar nicht einmal bestimmt, in welcher Absicht der Reichskanzler die so vielfach bekrittelte Zurückhaltung übt und ob er daran festhalten will. Im allgemeinen halten wir dafür, daß die Staatskunst darin der Kriegskunst gleicht, daß es allein auf den Erfolg, die Erreichung des Ziels ankommt. Die Frage aber, ob Herr v. Bethmann Hollweg alle Hilfstruppen, die zum Siege beitragen können, richtig verwendet, ist noch lange nicht spruchreif. Wir stehen noch viel zu sehr in den Anfängen eines neuen politischen Abschnitts.

Wenn es eine Zeitlang den Anschein hatte, als ob eine Milderung in den scharfen Gegensätzen der Parteien eintreten würde, so hat sich neuerdings auch wieder gezeigt, daß man in dieser Beziehung nicht zu viel erwarten darf. Das wurde auch durch den scharfen Zusammenstoß zwischen dem Abgeordneten Dr. Sahn, dem Direktor des Bundes der Landwirte, und den Nationalliberalen im Abgeordnetenhanse bei der Beratung des Etats des Landwirtschaftsministeriums bewiesen. Der Form nach war ja die erste Rede des Dr. Sahn eine Erwiderung auf Äußerungen des Abgeordneten Crüger. Es konnte also scheinen, als ob Dr. Sahn nicht der Angreifer sei. In Wirklichkeit war er es, der durch die Schroffheit des Tons, in dem er eine Meinungsverschiedenheit aufgriff und zum Austrag zu bringen suchte, und weiterhin durch die Verallgemeinerung des Themas die scharfe Auseinandersetzung mit den Nationalliberalen herbeiführte. Dr. Sahn gehört zwar nicht eigentlich zu den maßgebenden Führern der Agrarier, aber er steht ihnen durch seine Stellung im Bunde der Landwirte nahe genug, um in der plump zufahrenden Art seiner Reden einen gewissen Einblick in ihre Gedanken zu öffnen. Diese agrarische Brüstung der Nationalliberalen in dem Augenblick, wo die zwischen diesen und den Konservativen herrschende Erbitterung anfangs etwas ruhigeren Stimmungen Platz zu machen, darf nicht übersehen werden.

Nach diesem Vorgange wird auch das Auftreten des Herrn von Oldenburg beurteilt werden. Die Herren Groß-Agrarier fühlen sich wieder einmal so

stark, daß sie glauben, die Führung der konservativen Partei übernehmen zu können. Sollte sich ihre Absicht verwirklichen, so müßten wir das als ein nationales Unglück bezeichnen.

Im Reichstag sind die Etatsberatungen zum Kolonialetat und deren zum Militäretat vorgeschritten, und Staatssekretär Dernburg hat bei der Begründung seiner Diamantenpolitik einen wohlverdienten Erfolg in der seltenen Einmütigkeit aller bürgerlichen Parteien davongetragen. Leider hat es den Anschein, als ob als Opfer des darüber zwischen dem Kolonialamt und der Bevölkerung von Lüderitzbucht geführten Streits der verdiente Gouverneur v. Schuckmann auf der Strecke bleiben würde. Das wäre um so tiefer zu bedauern, als Männer dieser Art nicht eben häufig zu finden sind. Solche Männer müßten gehalten werden, auch wenn sie einmal etwas getan haben, was ihnen nach heimischer Beamtentradition als Verstoß gegen die allein seligmachende Korrektheit angerechnet werden könnte.

In der auswärtigen Politik stehen die englischen Wahlen, die jetzt fast beendet sind, noch im Mittelpunkt des Interesses. Die Unionisten haben eine Reihe von Siegen erfochten, doch kann man jetzt als feststehend ansehen, daß die Liberalen ihre Mehrheit gerettet haben, wenn sie auch künftig nur eine verhältnismäßig knappe Mehrheit ohne die irischen Nationalisten sein wird. Man darf nun wohl hoffen, daß in die öffentliche Meinung Englands eine beruhigtere Stimmung gegenüber Deutschland einziehen wird. Neuerdings sind wieder Einflüsse tätig gewesen, um zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn Verstimmungen hervorzurufen. Glücklicherweise hat man dazu sehr ungeschickte Mittel gewählt, nämlich allerlei persönlichen Klatsch, der sein Ziel verfehlen mußte, weil ihm der ganzen Lage der Sache nach die sofortige Aufklärung und Aussprache auf dem Fuße folgte. Der alte Schadenstifter Wesselißki, Korrespondent der *Kowoje Wrenja* in London, hat sich in seiner Art bemerkbar gemacht, indem er auf die Bitterung einer österreich-russischen Annäherung hin ein Interview beim Grafen Aehrenthal erbat und den vollkommen korrekten Äußerungen des österreichischen Staatsmannes, die noch dazu auf den in Berlin längst bekannten Tatsachen fußten, eine deutschfeindliche Spitze zu geben suchte, — eine Sache, die, wenn sie nicht auf eine ganz gewöhnliche Dummheit hinauslaufen sollte, zum wenigsten einer geschicktern Hand erforderte als die des Herrn Wesselißki.

Viel mehr als die Sorgen der europäischen Politik werden uns jetzt unsre handelspolitischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika beschäftigen. Doch sehen wir jetzt noch keine Klärung in dieser Angelegenheit und werden uns das für künftige Betrachtungen vorbehalten müssen.

In der Kolonialpolitik konzentriert sich im Augenblick das allgemeine Interesse auf die Diamanten — die leidigen Diamanten möchte man am liebsten sagen, denn von den Irrungen und Wirrungen, die sie mit sich gebracht haben, ist manches nicht wieder gut zu machen. Während sonst um diese Zeit alles sich um den Etat und um die Jahresberichte über die Entwicklung der Kolonien drehte und Eisenbahnvorlagen wie die neuesten das helle Entzücken jedes Kolonialfreundes erregt hätten, ist dies alles gegenüber dem Streit um die Diamanten in den Hintergrund getreten. Nach den schon im letzten Heft erwähnten Vorgängen in der Budgetkommission des Reichstags schien sich alles in Wohlgefallen auflösen zu wollen und Staatssekretär Dernburg schien dank der taktischen Fehler seiner Gegner und seiner eigenen zweifellosen Sachkenntnis und Kaltblütigkeit glänzend gerechtfertigt aus den Verhandlungen hervorzugehen. Dann aber muß ihn sein guter Geist verlassen haben. Der Vertrag mit der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, den

er wenige Tage später derselben Kommission vortrug, hätte von Rechts wegen auch ihm undisputierbar erscheinen müssen. Es war ihm offenbar auch nicht recht wohl bei der Sache. Sonst hätte er, -der sonst eine gute Dosis Selbstsicherheit sein eigen nennt, nicht zu der doppelt befremdlichen Maßregel der geheimen Sitzung gegriffen und auch nicht sofort den Rückzug angetreten, als er bei den Kommissionsmitgliedern Widerspruch fand. In der Tat ist die Entscheidung in dem Streit um die Diamantfelder von zu weittragender Bedeutung, als daß sie übers Knie gebrochen werden dürfte. Sie bedarf noch recht eingehender Erwägung sowohl der Rechtslage wie der wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen. Die Rechte der Kolonialgesellschaft sind keineswegs so klar, daß man ihr so weitgehende Zugeständnisse zu machen braucht. Wenn schon die Regierung sich nicht auf den staatssozialistischen Standpunkt stellen und allem Streit durch Konfiszierung der Diamantfelder zugunsten des Fiskus ein Ende machen will, so muß man Dernburg zugeben, daß die Diamantenproduktion und -verwertung durch eine Monopolgesellschaft die einfachste Lösung darstellt. Aber das darf nicht allein maßgebend sein. Ist in diesem Streit das objektive Recht nicht zu finden, so müssen die Ansprüche der Bevölkerung billigerweise ebensogut Berücksichtigung finden wie die der Kolonialgesellschaft.

Sollte es einem so erfahrenen und gewiegten Finanzmann wie Dernburg nicht möglich sein, eine solche Form zu finden? Der springende Punkt ist der, daß moralisch die Kolonie das alleinige oder doch das erste Unrecht an den unverhofften Reichtum hat. Dem trägt aber ein Vertrag nicht Rechnung, der den Hauptgewinn einer ausschließlich aus heimischen Finanzkreisen gebildeten Gesellschaft überläßt und dem Fiskus der Kolonie nur den kleineren Anteil sichert. Das Verhältnis müßte umgekehrt sein. Ein fiskalischer Anteil von 25 v. H. bis zum Höchstbetrag von 8 Millionen Mark ist von diesem Gesichtspunkt aus zu wenig. Die Hauptgefahr aber liegt in der Begrenzung. Wie nun, wenn die Gesellschaft nicht höchstens 32 Millionen Mark Reingewinn erzielt, sondern 50 oder 100 oder noch mehr Millionen Mark? Dann bekommen die Aktionäre der Gesellschaft 42 oder 92 Millionen Mark und die Kolonie 8 Millionen Mark — ein Trinkgeld. Dies ist gar nicht ausgeschlossen, denn man hat noch gar keinen sichern Anhalt für die Ergiebigkeit der Diamantfelder. Außerdem hätte es die Gesellschaft ganz in der Hand, mit Hochdruck zu fördern, um die dem Gewinnanteil des Fiskus zugrunde gelegte Summe von höchstens 32 Millionen Mark womöglich zu überschreiten und so diesen Anteil faktisch herunterzudrücken. Kurz und gut, die Angelegenheit ist noch ganz und gar nicht genügend durchdacht und sowohl Kolonialverwaltung wie Reichstag täten sehr gut daran, die verschiedenen Möglichkeiten noch reiflich „in Erwägung zu ziehen“, ehe sie über einen wichtigen Vermögensteil der Kolonie ein für allemal verfügen.

Um so bedauerlicher wäre es, wenn, wie es heißt, der verdiente und sympathische Gouverneur von Schuckmann über den leidigen Diamantenstreit stolpern sollte. Angeblich wegen Mißhelligkeiten, die nichts weiter als Zufallsprodukte und Mißverständnisse sind. Aber auch wenn wirklich sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Gouverneur und Staatssekretär wegen der Diamanten bestehen sollten, so ist das doch kein Grund zum Rücktritt des Gouverneurs, dessen Stärke auf einem andern, für die Zukunft der Kolonie viel wichtigeren Gebiet liegt, dem der Farmwirtschaft. Schließlich ist es Pflicht des Gouverneurs, die Interessen der Kolonie auch gegenüber der heimischen Verwaltung zu vertreten, solange es möglich ist. Der Staatssekretär hat ja jetzt selbst zugegeben, daß der Widerstand der Kolonie gegen seine Diamantenpolitik nicht ganz unberechtigt war.

Gouverneur von Schudmann hat erhebliche Verdienste um die Kolonie. Er ist mit dem Herzen bei der Sache und denkt und fühlt mit seinen Südwestafrikanern. Einen gleichwertigen Ersatz für ihn zu finden, wird schwer halten, wir wissen im Augenblick keinen. Also auch diesen Fall sollte man sich an maßgebender Stelle zweimal überlegen.

Es besteht dringende Gefahr, daß die Kolonie durch unüberlegte Maßnahmen in Sachen der Diamanten und durch einen sachlich nicht gerechtfertigten Gouverneurwechsel in eine Krise hineingetrieben wird, die schlimme Folgen haben kann.



Graf Poccis Kasperlkomödien und die Marionettenbühne

Der erste Anblick der Münchener Marionettenbühne, die, wie bekannt, ein eignes Gebäude hat, war für mich fast eine kleine Enttäuschung. Ich hatte vor einigen Jahren in einem salzburgischen Ort der Vorstellung eines herumziehenden Puppenspielers beigewohnt, der mit etwa 80 Zentimeter hohen, grotesk geschnitzten Puppen den „Don Juan“ spielte. Das Groteske in der Gebärde, im Ausdruck, im gesprochenen Wort hob die Darstellung weit über das Wirkliche hinaus und gab diesen Puppen zugleich wieder ein berückendes Leben, das stärker war, als der Realismus auf der Bühne je sein kann. Die besondere Kraft jenes Puppentheaters bestand darin, daß es auf den Wetteifer mit der Wirklichkeitserscheinung verzichtete; es gewann eine so große Lebenswahrheit und illusionäre Gewalt, weil es sich nur der in der Sache liegenden stilistischen Mittel bediente und in dem Kleinen jede Form so groß wie möglich wählte. Das brachte mit sich, daß die Kleinheit überlebensgroß wirkte. Das habe ich auch in Papa Schmid's Marionettentheater in München erwartet.

Leider sind in München die Maßstäbe viel zu niedrig gegriffen. Der Bühnenausschnitt ist allzu klein geraten, was man für die hintern Zuschauerreihen bedauern darf; und die Figuren sind ganz außersiedliche, zierliche gestellt und sehen in einiger Entfernung schon winzig aus. Es ist Spielerei. Zwar sind ihre Größen nach menschlichen Proportionen im Einklang mit der Bühnenhöhe, aber gerade die Übertragung menschlicher Proportionen auf so kleine Verhältnisse erscheint mir ein Grundfehler. Je kleiner die Bühne, desto größer müßten die Figuren sein, um die Kleinheit vergessen zu lassen. Die Größen müssen hier, der künstlerischen Wirkung zuliebe, geradezu im umgekehrten Verhältnis zur Natur stehen, erst dann wirken sie natürlich. Ein Puppentheater ist erst dann wahr, wenn es drastisch ist, es charakterisiert nur, indem es übertreibt, es steigert sich zur Größe nur durch die Kühnheit der Groteske, die sich auch in Proportionen ausdrückt. Bedenklich ist es schon, daß im Münchener Marionettentheater Operngläser verabreicht werden. Das allein deutet einen Mißstand an, der wahrscheinlich noch gar nicht erkannt worden ist. Er liegt in diesem künstlerischen Gebrechen, ganz abgesehen davon, daß das